

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/36

22. Februar 1977

Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag

Ein leidenschaftlicher Kämpfer wider eine restaurative
Sozialpolitik

Von Hermann Buschfort MdB
Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Seite 1 bis 3 / 112 Zeilen

Die Entspannungspolitik geht auf Fritz Erler zurück

Zum 10. Todestag des stellvertretenden Vorsitzenden der
SPD

Von Wolfgang Roth

Seite 4 / 27 Zeilen

Zum Thema Ämter- und Mandatshäufung

Anmerkungen zu einem innerparteilichen Problem

Seite 5 und 6 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 38-38
Telex: 08 86 646-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag

Ein leidenschaftlicher Kämpfer wider eine restaurative Sozialpolitik

Von Hermann Buschfort MdB

Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Ein Vierteljahrhundert Mitglied des Deutschen Bundestages; fast 20 Jahre lang Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses; rund 15 Jahre Vorsitzender des Sozialpolitischen Arbeitskreises der Fraktion; vier Jahre lang Stellvertretender Fraktionsvorsitzender - das sind die Stationen eines reichen parlamentarischen Lebens. Aus diesen Positionen heraus hat Ernst Schellenberg die sozialpolitische Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt.

Die 57er Rentenreform, eine der kreativsten sozialpolitischen Schöpfungen der sozialpolitischen Geschichte, war seine erste große Bewährungsprobe: Die bruttolohnbezogene Rente, d.h. ihre Orientierung an dem im Arbeitsleben erreichten Lebensstandard, sowie ihre jährliche Dynamisierung, d.h. ihre Teilhabe an dem von der aktiven Generation erreichten wirtschaftlichen Fortschritt - diese einzigartige soziale Errungenschaft der Arbeitnehmerschaft ist mit ein Erfolg des parlamentarischen und politischen Ringens von Ernst Schellenberg.

Sicherung des erreichten Lebensstandards beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, d.h. die Lohnersatzfunktion der Rente, sowie die Teilhabe der Rentner an dem von der jeweils aktiven Generation erreichten wirtschaftlichen Fortschritt waren die Eckpfeiler im sozialpolitischen Denken von Ernst Schellenberg. In diesen Grundprinzipien dokumentierte sich für ihn der Generationenvertrag, die solidarische Grundlage des Systems der sozialen Sicherung.

Ernst Schellenberg war zutiefst davon überzeugt, daß soziale Sicherung zur gesellschaftlichen Grundausstattung der Menschen gehört und sie unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft den Charakter einer Volksversicherung annimmt. Deshalb gehörte er auch zu den unerbittlichsten Gegnern jener sich in den 60er Jahren ausbreitenden konservativen Sozialpolitik, die die Notwendigkeit umfassender gesellschaftlicher Solidarität in Frage stellen und den Bedarf an sozialer Sicherung sozusagen kon-

tingentieren, d.h. die Menschen in wachsendem Umfang auf "Selbstvorsorge" verweisen wollte. Gegen diese "Philosophie der sich reduzierenden Solidarbeziehungen", die in starren Versicherungspflichtgrenzen zum Ausdruck kam, hat er die parlamentarische Mobilisierung organisiert. Hier war Ernst Schellenberg in seinem Element: Die Geschäftsordnung des Bundestages kannte er auswendig; im Umgang mit ihr war er perfekt. Die öffentliche Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses, die Berichtspflicht der Regierung, die Parlamentarischen Anfragen sowie die sozialpolitischen Debatten - das waren die Instrumente, die unter Ernst Schellenberg zu erfolgreichen Instrumenten einer parlamentarischen Opposition und des Parlaments insgesamt ausgebaut wurden. Es ist mit sein Verdienst, die parlamentarische Kontrolle der Regierung ausgebaut und die Durchsetzungskraft des Parlaments gestärkt zu haben. Er hat damit einen Beitrag zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie geleistet.

Gerade die 60er Jahre gehörten zu den rastlosesten und kreativsten Zeitabschnitten im politischen Wirken von Ernst Schellenberg: Schonungslos gegen sich selbst und von großer Leidenschaft geprägt, hat er seinerzeit den parlamentarischen Feldzug gegen alle Versuche einer restaurativen Sozialpolitik geführt. Vom Parlament aus baute er die gesellschaftliche Abwehrfront auf - mit einer permanenten sozialpolitischen Mobilisierung, die der Regierung keine Ruhepause gönnte.

Aber Ernst Schellenberg war nicht nur in der parlamentarischen Tagesarbeit verwurzelt. Seine Horizonte reichten weit in die Zukunft hinein. Er hat seinerzeit mit seiner geistigen Arbeit jene Periode der deutschen Politik vorbereitet, die 1969 mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialdemokraten anbrechen sollte. Gemeinsam mit Ludwig Preller, Walter Auerbach und Helmut Rohde hat er den "Sozialplan für Deutschland" und den "Volksversicherungsplan der SPD" erarbeitet, die die geistigen Grundlagen und die sozialpolitischen Konzepte der späteren Reformperiode lieferten: der Ausbau der einzelnen Bereiche der sozialen Sicherung zu einer umfassenden Grundsolidarität der Gesellschaft; die Ausdehnung der Dynamisierung der Sozialleistungen, d.h. ihre Einordnung in die wachsende Wirtschaftskraft; der Übergang des sozialen Sicherungssystem auf präventive Funktionen und schließlich die mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz und dem Betriebsärztegesetz begonnene Hinwendung der Sozialpolitik auf die Hu-

manisierung der Arbeitsverhältnisse, womit sie sozusagen an ihre historischen Ursprünge zurückkehrte.

Ernst Schellenberg war eine der farbigsten Persönlichkeiten, die das deutsche Nachkriegsparlament je in seiner Mitte hatte. Er dominierte durch grundlegendes Wissen, das er sich in harter Arbeit stets aufs Neue erwarb. Gegenüber sich selbst und seinen politischen Vertrauten war er unerbittlich: Vor Schellenberg war man nie sicher - weder nachts noch am Wochenende. Wer einmal in seinem Telefonbüchlein stand, war rund um die Uhr an ihn gekettet. Ernst Schellenberg gehörte zu jenen Politikern, die wie besessen an ihrer Aufgabe arbeiteten und sich keine Ruhepause gönnten: Ob es um Fleiß, Gründlichkeit und Beharrlichkeit ging oder um persönliche und politische Zuverlässigkeit - stets überzeugte er durch eigenes Beispiel.

Ernst Schellenberg bestach durch die Leidenschaft, mit der er sich den Problemen und Erwartungen der Menschen widmete. Ausgestattet mit einer umfangreichen Kenntnis der konkreten Lebensverhältnisse der Menschen und einem sicheren Blick für ihre Bedürfnisse und Zukunftserwartungen und das gepaart mit einer selbst für genuine Politiker seltenen Begabung für operationale Politik, wurde er nicht nur einer der entscheidenden gesellschaftspolitischen Gestalter unserer Nachkriegsgeschichte, sondern auch einer der großen parlamentarischen Ausbilder. Viele, die heute für die Gestaltung der deutschen Politik Verantwortung tragen, hat Ernst Schellenberg mitgeprägt.

Ernst Schellenberg war weder reiner Theoretiker jenseits der tatsächlichen Lebensverhältnisse und der historisch gewachsenen Strukturen des sozialen Sicherungssystems noch war er einer der kurzatmigen Pragmatiker, die ohne Leitlinien in der Routine der Dinge leerlaufen. Schellenbergs Persönlichkeit war eine beeindruckende Verbindung von menschlicher Lebenswürdigkeit, fachlicher Solidität, sozialer Phantasie, politischer Dynamik und parlamentarischer Gestaltungskraft. Er war ein Streiter für den souveränen Parlamentarismus und eine seiner farbigsten Persönlichkeiten; er war Motor des gesellschaftlichen Fortschritts und damit einer der Wegbereiter unserer sozialen Demokratie.

(-/22.2.1977/hgy/lo)

+ + +

Die Entspannungspolitik geht auf Fritz Erler zurück

Zum 10. Todestag des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD

Von Wolfgang Roth *)

Die generalisierende Behauptung, daß Politiker schnell vergessen werden, trifft auf Fritz Erler nicht zu. Heute, am 10. Todestag, befinden wir uns gerade in einer Phase des erneuten Entdeckens des Lebenswerkes für unsere heutige politische Arbeit. Das haben wir auch der vorzüglichen politischen Biographie von Hartmut Soell zu verdanken, die soeben erschienen ist und die mehr als in einer Biographie zu erwarten, die Fundierung sozialdemokratischer Politik aus den Überlegungen der fünfziger und sechziger Jahre verdeutlicht.

Die heutige Entspannungspolitik geht zu einem wichtigen Teil auf Überlegungen von Fritz Erler zurück. Nachdem die Möglichkeit zu einem eigenständigen Weg Deutschlands zwischen den Blöcken nicht genutzt wurde und die Westintegration Wirklichkeit war, gab es für eine deutsche Entspannungspolitik nur dann eine Chance, wenn man sie auf der Grundlage eines Verhältnisses des Vertrauens vor allem zu den USA entwickeln konnte. Diese Erkenntnis hat Fritz Erler mit einer systematischen Behutsamkeit zur praktischen Politik der SPD gemacht. Nur auf dieser Basis war es möglich, den Weg zur sozialdemokratischen Friedenspolitik zu öffnen. Daß bis heute kalte Krieger in der CDU/CSU, die im Deutschen Bundestag mit Uraltparolen die Entspannungspolitik attackieren, keine Lücke zwischen den westlichen Partnern und uns finden konnten, ist ein bleibendes Verdienst.

Fritz Erler teilt das Schicksal einiger anderer großer Sozialdemokraten, die, solange sie am Leben waren, vom deutschen Konservativismus verfemt, nach dem Tode sogleich von diesen Kreisen in den Stand der Ehrsamkeit gehoben wurden. Das geschah und geschieht, um der Bewegung, der Fritz Erler fast ein Leben lang gedient hat, eines auszuwischen. Dem entgeht die SPD am besten durch ein nüchternes Bekenntnis zur eigenen Geschichte. Das wird am heutigen Tage geschehen.

(-/22.2.1977/va/10)

+ + +

*) Wolfgang Roth ist Bundestagsabgeordneter im Fritz Erlers früherem Wahlkreis Pfarzheim

Zum Thema Ämter- und Mandatshäufung

Anmerkungen zu einem innerparteilichen Problem

Die SPD wird sich auf ihrem Hamburger November-Parteitag im Rahmen ihrer in Beschlüsse zu fassenden Überlegungen sehr konkret auch mit der Frage der Ämterauswahl und insbesondere der Ämterhäufung befassen. Dieses Vorhaben, das der Parteivorsitzende Willy Brandt und der neue Bundesgeschäftsführer Egon Bahr vor dem "Kleinen Parteitag" in Bad Godesberg angekündigt, gehört zu den Dauerproblemen nicht nur der SPD, sondern eigentlich jeder demokratischen Partei, von den monopolartigen Organisationen in Staatsparteiländern ganz zu schweigen.

Was den uns hier allein interessierenden Bereich der demokratischen Welt angeht, so hatte beispielsweise der März-Parteitag 1976 der Sozialistischen Partei Österreichs, die bei einer Bevölkerung von rd. 7,5 Millionen mehr als 700.000 Mitglieder umfaßt, nach Ansicht der Führungsspitze allen Anlaß, sich der Frage der Ämterhäufung anzunehmen. Der Initiative des Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky, und des damals ebenfalls neuen Zentralsekretärs Kurt Blecha folgend, diskutierte der SPÖ-Parteitag eine beachtliche Zahl von Anträgen, die zum Teil sehr weitgehende Schritte zur Eindämmung der Ämterhäufung forderte. Der Diskussionsablauf mit seinem höchst engagiert vertretenen Für und Wider war und ist so interessant, daß er im zeitlichen Vorfeld von Hamburg auch in der SPD genauer zur Kenntnis genommen werden sollte.

Der SPÖ-Parteitag einigte sich schließlich auf einen Aspekt, der inner- und außerhalb der Partei mit einiger Erregung debattiert worden war. Einem Antrag des Parteivorstandes folgend wurde nämlich beschlossen, daß SPÖ-Funktionäre neben ihrem Beruf nur noch eine einzige bezahlte Funktion ausüben dürfen. Jeder Funktionär und jeder Anwärter auf eine Funktion müssen der Partei alle bezahlten und unbezahlten Funktionen bekanntgeben. Ausnahmen vom Grundsatzgebot können in bestimmten Einzelfällen durch Zweidrittelmehrheit des jeweils zuständigen Parteiorgans gebilligt werden, wobei die Einhaltung der Regel von den Landes- und Bundesspitzen der Partei überwacht wird. Generell ausgenommen sind "angemessene" Aufwandsentschädigungen für SPÖ-Mitglieder, die als Vertrauensleute in gesellschaftlichen Organen wirken.

Soweit die Beschlußlage in der SPÖ. Man wird sich mit diesem Beispiel, das, wie gesagt, einen Aspekt des Problems erfaßt, in den Diskussionen zu beschäftigen haben, die innerhalb der SPD im Blick auf Hamburg geführt werden. Die SPD kann sich in diesen Debatten aber auch mit einem sehr klaren Beschluß befassen, der in der sog. Harner Tagung gefaßt worden war, zu der im November 1949, also 28 Jahre vor Hamburg, Parteivorstand, Parteibeschuß und Kontrollkommission zusammengelassen waren, um vor allem die

organisatorische Situation der Partei zu besprechen. Aus diesen "Herner Beschlüssen", in denen auch sonst höchst bemerkens- und beachtenswerte Regelungen getroffen worden waren, interessiert hier natürlich der Punkt "Beseitigung der Mandats- und Ämterhäufung durch Erweiterung des Funktionärskörpers". Darin wurde klipp und klar festgelegt, daß es gelte, die Mandats- und Ämterhäufung in der Hand Einzelner, was als Folge der "bisherigen Entwicklungsbedingungen" erklärt wurde, zu beseitigen. Niemand könne viele Funktionen zur gleichen Zeit so ausfüllen, wie es notwendig sei. Es sei daher die Aufgabe der Bezirksvorstände und der von diesen zu beauftragenden Körperschaften, diese Ämter- und Funktionshäufungen im Interesse der Partei, aber auch im Interesse der Beteiligten durch Ermahnung, Aufklärung und notfalls durch Beschluß zu ändern.

"Wir müssen", hieß es in den "Herner Beschlüssen" zu diesem Punkt weiter, "viele neue, insbesondere junge Kräfte heranziehen und ihnen die Gelegenheit geben, sich an den vielfältigen Aufgaben in Partei, Kommune oder Staat zu bewähren, um so für die Zukunft einen großen Funktionärskörper zu schaffen, der allen politischen Stürmen zu trotzen vermag". Abschließend wurde festgestellt, daß es gerade diese so wichtige Forderung der "Herner Beschlüsse" zu beachten gelte: "Die Beseitigung der Mandats- und Funktionshäufung macht wertvollen Nachwuchskräften den Weg frei und ermöglicht, daß jede Funktion und jedes Mandat auch wirklich voll ausgeübt wird".

Der SPD-Vorstand hatte im Juli 1952 die gesamten "Herner Beschlüsse" erneut veröffentlicht und in einem Vorwort festgestellt, daß sie "heute und für die Zukunft Gültigkeit besitzen, weil sie richtungweisende Grundsätze darstellten". Zum Punkt der Beseitigung der Ämterhäufung wurde damals in einem Leitsatz hervorgehoben: "Wir wollen die Zahl der aktiven Sozialdemokraten in der Partei vergrößern". Genau das ist eine der zentralsten Aufgaben, die die Partei jetzt auch, aber nicht nur organisatorisch zu bewältigen hat. Willy Brandt und Egon Bahr haben mit allem erforderlichen Nachdruck darauf aufmerksam gemacht.

Erhardt Eckert
(-/22.2.1977/va/1a)

+ + +